



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

20. November 2020
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Ob Trump oder Biden: Die Wall Street gewinnt immer

Trump wurde also von den US-Wählern auf den Golfplatz und in seine Casinos zurückgeschickt. Vier Jahre lang ist er die Verkörperung der kapitalistischen Politik in ihrer geldgierigsten und brutalsten Form gewesen.

Damit die Geschäfte laufen und den Unternehmern kein Cent Profit entgeht, hat er jede Einschränkung zur Eindämmung des Coronavirus abgelehnt, sogar einfachste Maßnahmen wie Maske tragen und Abstand halten. So hat er zur Verbreitung des Virus und einem Massensterben beigetragen – vor allem unter den ärmsten Teilen der Arbeiterklasse. In der jüngsten Wirtschaftskrise haben Millionen ihre Arbeit verloren und vielen droht der Verlust ihrer Wohnung. 40 Millionen überleben nur mit Lebensmittelspenden. Trump hat alledem seelenruhig zugesehen, während er den Kapitalisten massiv die Steuern gesenkt und ihre Profite weiter gesteigert hat.

Falls sich jemand fragt, welche Politik wir von einer AfD an der Regierung zu erwarten hätten: Ihr gleichgesinnter Kollege Trump hat es uns in den letzten vier Jahren vorgeführt. Und auch, welche Gefahr diese Leute für uns Arbeitende darstellen.

In den USA können wir erleben, was deren ständige rassistische Demagogie anrichten kann. Trump hat weiße Arbeiter gegen schwarze Arbeiter und Migranten aufgehetzt. Er hat die Spaltung unter den Arbeitern noch verschlimmert. Und dies zu einem Zeitpunkt, wo die Arbeitenden so dringend zusammenhalten müssten, um sich gegen die Angriffe der Kapitalisten und Regierung in der Krise zu verteidigen.

Trumps Hetze hat außerdem rechtsradikale Milizen ermutigt, offener aufzutreten und zu Taten zu schreiten. Im Sommer haben sie Demonstrationen gegen Rassismus und Polizeigewalt mit Waffen angegriffen und mehrere Demonstranten umgebracht. Sie haben Schwarze gelyncht und an Bäumen aufgehängt. Und in den letzten Wochen sind

sie vor Wahllokalen aufmarschiert und haben gedroht, „ihren“ Präsidenten Trump mit Gewalt durchzusetzen.

Ermutigt davon, dass Trump 71 Millionen Stimmen bekommen hat, werden sie weiter machen – auch ohne Trump als Präsident. Mit der Verschärfung der wirtschaftlichen Krise drohen sie eine ernste Gefahr für Schwarze, Migranten und letztlich für alle Arbeitenden und die ganze Gesellschaft zu werden.

Nicht nur deshalb wäre es eine gefährliche Illusion zu glauben, dass mit der Abwahl von Trump der ganze Spuk vorbei sei.

Auch von dem neuen Präsidenten Biden haben die Arbeitenden nichts Gutes zu erwarten, weder in den USA noch weltweit. Sicher, Biden ist nicht so pöbelnd und dumm wie Trump. Er gibt sich seriös und als verständnisvoller Menschenfreund. Doch er vertritt dabei genauso knallhart die Interessen von Google, Exxon, Chrysler, Amazon und Goldman Sachs wie Trump. Es ist kein Zufall, dass Biden für seinen Wahlkampf so viel Geld von den US-Kapitalisten bekommen hat wie keiner vor ihm, und auch mehr als Trump.

In seiner 50jährigen Karriere als Berufspolitiker hatte Biden mehr als genug Gelegenheit zu beweisen, auf wessen Seite er steht. Zuletzt als Stellvertreter von Präsident Obama, wo er dazu beigetragen hat, in der Krise von 2008 die Profite der Banken und Konzerne zu retten und dafür die Arbeitenden (vor allem die schwarzen Arbeiter und Migranten) noch weiter in die Armut zu stoßen. Und er hat keinen Zweifel daran gelassen, dass er es in der jetzigen Krise genauso machen wird.

Ebenso wenig daran, dass er auch in Zukunft überall dort Wirtschaftsembargos durchsetzen und Kriege führen wird, wo wirtschaftliche Interessen der US-Konzerne auf dem Spiel stehen oder andere Regierungen dem Weltpolitikisten USA nicht gehorchen. So, wie er auch in der Vergangenheit für den Af-

ghanistan- und den Irak-Krieg gestimmt hat. Eine seiner ersten Botschaften an die deutsche Regierung lautete, dass Deutschland mehr Geld für Rüstung ausgeben und sich mehr an den US-Kriegseinsätzen beteiligen solle!

Biden hat auch keine Zweifel daran gelassen, dass die Handelskriege (insbesondere zwischen den USA, China und der EU) unter ihm weitergehen werden. Denn auch die sind keine Folge von Trumps Verrücktheit – sondern davon, dass der weltweite Konkurrenzkampf zwischen den Konzernen und ihren Staaten immer härter wird. Unter Biden wird die schreckliche Gefahr, dass dieser Handelskrieg sich irgendwann in militärische Kriege verwandelt, kein bisschen geringer.

Nein, wir Arbeitenden können und dürfen nicht darauf hoffen, dass ein Regierungswechsel uns vor der bedrohlichen Politik schützt, die die Kapitalisten in der Krise verlangen. Weder in den USA, wo ohnehin nur derjenige Präsident werden kann, der genug Wahlkampfspenden von den Kapitalisten bekommt. Noch bei uns, wo ein diskreteres, aber ebenso wirksames System an Maßnahmen dafür sorgt, dass es nur derjenige an die Regierungsspitze schafft, der bereit ist, mit allen Mitteln die Interessen der kapitalistischen Klasse zu vertreten.

Doch wir Arbeitenden verfügen über andere, wirksame Mittel, um etwas zu verändern. In den USA haben in den 60er Jahren Massenproteste, Streiks und Revolten den Vietnamkrieg beendet und bedeutende Verbesserungen für die Schwarzen und alle Arbeiter und Armen durchgesetzt. In diesem Sommer sind Millionen gegen Rassismus und Polizeigewalt auf die Straße gegangen.

Davon und von nichts anderem wird unsere Zukunft abhängen: Von der Fähigkeit der arbeitenden Klasse, der Jugend und aller Unterdrückten, den Kampf gegen die kapitalistische Klasse aufzunehmen, deren Herrschaft auf allen Ebenen eine ernste Bedrohung ist.

Impfstoff: Die Profitgier gefährdet die grandiosen Leistungen der Wissenschaft

Am 9. November hatten die Pharmafirmen Pfizer (USA) und Biontech (Deutschland) verkündet, einen Impfstoff gegen Covid-19 entwickelt zu haben, der in 90% der Fälle wirkt. Nur einen Tag später verkündete ein russisches Labor, einen Impfstoff mit 92% Wirksamkeit zu besitzen. Am 16. November kündigte das US-Unternehmen Moderna an, sein Impfstoff habe 94,5% Wirksamkeit. Und zwei Tage später erklärten Pfizer und Biontech, ihr Impfstoff habe eigentlich 95% Wirksamkeit.

All diese Ankündigungen dienen vor allem dazu, die Börsenkurse in die Höhe zu treiben und die Staaten dazu zu drängen, mit den Konzernen Kaufverträge über große Mengen ihres Impfstoffs abzuschließen, obwohl die klinischen Tests noch bei keinem vollständig abgeschlossen sind. Mit durchschlagendem Erfolg! Zwischen den reichen Staaten (USA, Westeuropa, Japan, Kanada...) ist ein regelrechter Wettkampf darum ausgebrochen, wer von welchem Konzern als erster Millionen Impfdosen abkauft. Und die Aktie des US-Pharmakonzerns Pfizer ist regelrecht in die Höhe geschossen.

Allein an dem Tag, an dem Pfizer seinen Impfstoff angekündigt hat, hat der Börsenkurs den Aktionären einen Vermögenszuwachs von 30 Milliarden Dollar beschert. Auch die beiden Start-Ups Moderna und Biontech haben es in kürzester Zeit ganz nach oben geschafft: Als Biontech 2019 an die Börse ging, kostete eine Aktie 19 Dollar. Heute kostet sie 90 Dollar, und der Chef von Biontech gehört nun zu den 100 reichsten Deutschen.

Zahlreiche Wissenschaftler haben im letzten Jahr Unglaubliches geleistet. In Rekordzeit haben sie gleich mehrere

Impfstoffe entwickelt, die das Potenzial haben, die Pandemie erfolgreich zu bekämpfen. Einige von ihnen sogar mittels einer ganz neuen Verfahrensweise, die vorher noch nie eingesetzt wurde (einem mRNA-Impfstoff). Insgesamt 47 verschiedene Impfstoffe befinden sich bereits in der letzten Testphase.



Doch da es sich alles um private Pharmafirmen handelt, ist es für sie undenkbar, zusammenzuarbeiten und so letztlich der Menschheit den oder die effizientesten und sichersten Impfstoffe zu bieten. Jede dieser Pharmafirmen interessiert nur eins: Sie wollen um jeden Preis ihren Impfstoff an den Mann bringen und das große Geld machen, wie die Ankündigungsschlacht der letzten Tage gezeigt hat. Und so werden sich am Ende nicht unbedingt die Impfstoffe durchsetzen, die am sichersten sind – sondern die, deren Konzerne sie am schnellsten und aggressivsten vermarkten konnten und die die besten Beziehungen zu den Regierungen der reichen Staaten haben.

Mit dieser offensichtlichen Profitgier verstärken die Pharmakonzerne obendrein das Misstrauen, das sich in den letzten Jahren auch aufgrund der vielen Pharmaskandale gegen Impfungen an sich entwickelt hat – und das ist eine Katastrophe!

Die Impfungen gegen viele ansteckende Krankheiten sind ein unglaublicher Fortschritt für die Menschheit. Was es für das gemeinschaftliche Leben für Folgen hat, wenn für so eine Krankheit keine Impfung existiert, das haben wir in den letzten Monaten auf drastische Weise vor Augen geführt bekommen. Doch ihre einzig auf Profit basierende Gesellschaftsordnung hat es geschafft, dass in Deutschland und anderen EU-Staaten die Hälfte der Bevölkerung den Corona-Impfungen so sehr misstraut, dass sie sich lieber gar nicht impfen lassen wollen.

Und umgekehrt führt ihre Profitlogik dazu, dass viele sich gar nicht impfen lassen können. Denn der Impfstoff gegen diese weltweite Pandemie wird nicht weltweit zuerst an die Risikogruppen ausgegeben und diejenigen, die durch ihre Arbeit besonders hohen Ansteckungsrisiken ausgesetzt sind. Nein, der Impfstoff wird verkauft – und zwar zuallererst an die Staaten, die das meiste Geld hierfür bezahlen können. Große Teile der Bevölkerung Lateinamerikas, Asiens und Afrikas werden noch lange auf den Impfstoff warten müssen – oder ihn mangels Geld und Krankenversicherungen niemals zu sehen bekommen.

Die Bekämpfung einer weltweiten Pandemie müsste weltweit organisiert werden, sowohl was die Forschung wie auch die Produktion und Verteilung der Impfstoffe angeht – mit dem Ziel, die gesamte Menschheit bestmöglich zu schützen.

Stattdessen werden all diese wichtigen Etappen auf dem Weg zu einer Impfung den Interessen der Aktionäre der Pharmakonzerne und der Konkurrenz unter den Staaten untergeordnet. Das ist absurd, ineffizient und gefährlich.

Angestellte in der Gastronomie: Für sie ist der Bankrott schon da

Die 1,2 Millionen Angestellte in der Gastronomie sind von den derzeitigen Schließungen von allen am härtesten getroffen. Doch über sie wird nicht einmal gesprochen!

Schon vorher haben sie in der Küche oder im Service für Löhne geschuftet, die kaum zum Leben reichen. Mehr als zwei Drittel von ihnen werden mit Niedriglöhnen von weniger als 11 Euro die Stunde abgespeist. Das bedeutet: Als Vollzeitkräfte sollen sie jetzt mit 700 – 900 Euro Kurzarbeitergeld im Monat klarkommen. Davon kann man nicht einmal die allernötigsten Ausgaben bezahlen! Diejenigen, die auf 450-Euro-Basis gearbeitet haben, sind oftmals ganz entlassen worden.

Die Besitzer der Restaurants, Cafés und Bars sind sozial in sehr unterschiedlichen Situationen. Einige von ihnen sind extrem reich und besitzen ganze Lokalketten. Die jedoch bekommen die meisten Hilfgelder vom Staat. Ein Teil der ganz kleinen Gastronomen hingegen wird so wenig staatliche Hilfen bekommen, dass er trotzdem in Armut und Überschuldung gerät und schließen muss. Doch wer gar keine Hilfen bekommen soll, sind diejenigen, die schon jetzt in Armut und teilweise in Überschuldung gerutscht sind: Die Lohnabhängigen der Gastronomie, die zu ihrem Überleben den Erhalt ihres Arbeitsplatzes und ihres vollen Lohns brauchen!

Krankenhäuser: Was tun, wenn's brennt?

Immer mehr Stationen müssen geschlossen werden, damit genug Pflegekräfte und Betten da sind, um die Corona-Patienten versorgen zu können. Das bedeutet, dass Patienten zum Beispiel mit Tumoren wochen- oder monatelang auf eine OP warten müssen.

Ja, die Corona-Pandemie ist eine Ausnahmesituation. Doch schon bei der normalen Grippewelle muss mittlerweile jedes Jahr (!) ein nicht geringer Teil der Krankenhäuser Operationen verschieben: Weil so viele Krankenhäuser geschlossen und so viel eingespart wurde, dass alle schon am Limit arbeiten, wenn alles „normal“ läuft. Das wäre so, als würden bei der Feuerwehr nur so viele Feuerwehrleute beschäftigt und Löschwagen angeschafft, wie im Alltag ständig im Einsatz sind. Dann wäre niemand mehr frei, um einen plötzlichen Großbrand zu löschen. Genau das hat man mit den Krankenhäusern gemacht. Diese Sparpolitik ist kriminell!

Polen: Ein erster Sieg für die kämpfenden Frauen

Nach zwei Wochen täglicher Proteste zehntausender Frauen und Männer hat die nationalistisch-konservative Regierungspartei PiS einen Rückzieher gemacht: Die Veröffentlichung des Gesetzes, das Abtreibungen in Polen fast vollständig unmöglich gemacht hätte, wurde ausgesetzt. Selbst in den ländlichen Gegenden, wo die katholische Kirche und die Regierungspartei normalerweise viel Unterstützung haben, hatte es täglich wütende Proteste gegeben, zum Teil in den Kirchen selber.

Die Regierungspartei hat allerdings bereits angekündigt, das Gesetz in einer abgemilderten Form erneut einbringen zu wollen. Dabei ist die Abtreibung in Polen jetzt schon nur in wenigen Fällen erlaubt. Diese Barbaren – wie die Demonstranten sie genannt haben – werden also auch weiterhin versuchen, die Lage der Frauen noch mehr zu verschlechtern.

Der heutige Sieg der Demonstranten jedoch gibt Mut und Kraft, den Kampf gegen sie, für die Rechte der Frauen fortzusetzen.



Ohne Kampf gehen die Rechte der Frauen überall zurück

Die deutsche Regierung hat das Abtreibungsrecht in den letzten Jahren nicht weiter verschlechtert. Und trotzdem wird es für Frauen immer schwieriger, weil immer weniger Ärzte und Krankenhäuser eine Schwangerschaftsunterbrechung durchführen. In ihrer Notlage müssen die Frauen mittlerweile bis zu 200 km fahren und teilweise 10 Tage nur auf den Termin für die Voruntersuchung warten, obwohl es manchmal wegen der Fristen auf Tage ankommt. Seit 2003 ist nämlich die Zahl der Ärzte, an die sich Frauen wenden können, um unfassbare 40% zurückgegangen! Und jedes Jahr gehen weitere dieser Ärzte ohne Nachfolger in Rente.

Die jüngeren Frauenärzte scheuen meist die vielen rechtlichen und finanziellen Hürden, die der Staat ihnen bewusst in den Weg legt und die sie überwinden müssen, um Schwangerschaftsunterbrechungen durchzuführen. Viele scheuen auch den Druck und die teilweise aggressiven Proteste von kirchlichen Abtreibungsgegnern. In der älteren Generation haben sich eine Reihe Ärztinnen und Ärzte von all diesen Hürden nicht abhalten lassen. Weil sie noch die Zeit des völligen Abtreibungsverbots miterlebt haben: mit all den schrecklichen Verstümmelungen und Todesfällen von Frauen, die in ihrer Verzweiflung versucht haben, illegal abzutreiben. Und auch, wie viel harte und hartnäckige Kämpfe es in den 60er und 70er Jahren erfordert hat, um dieses Recht der Frauen wenigstens teilweise durchzusetzen.

Und wenn wir nicht wollen, dass uns die Rechte wieder genommen werden, werden wir hier – genau wie in Polen und allen anderen Ländern – kämpfen müssen.

Gleich und gleich gesellt sich gern

Der Getränkelieferer Durstexpress (der zum Dr. Oetker-Konzern gehört) hat für 1,2 Milliarden Euro seinen Konkurrenten Flaschenpost aufgekauft.

Was die Arbeitsbedingungen angeht, haben sich diese beiden Unternehmen allerdings schon vorher keine Konkurrenz gemacht. Bei beiden gilt: 10-12 Euro brutto die Stunde, Verträge, bei denen man je nach Bedarf der Firma zwischen 30 und 130 Stunden im Monat arbeitet, unbezahlte Überstunden, Kündigung bei Krankheit, ungeheizte Lager und deaktivierte Klimaanlage in den Lieferwagen, um den Spritverbrauch zu reduzieren!

Sowohl bei Durstexpress wie bei Flaschenpost haben in der letzten Zeit Arbeitende angefangen, sich gegen diese Ausbeutung zu wehren. So kann es gut sein, dass dieser Widerstand jetzt ebenfalls fusioniert – und stärker wird.

Amazon-Prinzipien im Kindergarten?

Der Besitzer von Amazon, der Multimilliardär Jeff Bezos, hat im Bundesstaat Washington seinen eigenen, privaten Kindergarten eröffnet: Und der soll „nach denselben Prinzipien geführt werden, die auch im Unternehmen Amazon gelten“.

Man kann es sich lebhaft vorstellen: Jedes Kind bekommt einen Scanner und darauf die Anweisung geschickt, wann es sich welche Spielzeugkiste holen soll. Erzieherinnen kontrollieren, dass jedes Kind seine Quote an Spielzeugkisten aus dem Regal holt und wieder reinpackt, und dass im Sandkasten ja kein Kind mit dem anderen redet.

Nein, die „Prinzipien“ von Amazon gehören weder in einen Kindergarten, noch in die Betriebe!

Schulen: Wachsende Proteste gegen volle Klassen und Busse

In den Schulen von NRW wächst der Widerstand angesichts der Weigerung der CDU-Landesregierung, irgendwelche ernsthaften Maßnahmen zu ergreifen, um das Ansteckungsrisiko in den Schulen zu verringern. Zusätzliche Betreuer, zusätzliche Räume, um Unterricht in kleineren Gruppen zu ermöglichen? Fehlanzeige. Im Gegenteil, die Landesregierung hat den Schulen sogar explizit verboten, die Klassen zu teilen. Mit dem Ergebnis, dass die Zahl Schüler und Lehrer, die sich in der Schule mit Corona angesteckt haben, im Oktober um... 600% gestiegen ist. In jeder fünften Schule sind ganze Klassen oder Jahrgänge in Quarantäne.

Für die Lehrerinnen und Lehrer bedeutet dies eine extreme Belastung: Sie unterrichten nicht nur ihre „normalen“ Klassen – wobei sich viele selber anstecken. Wer gesund ist, muss obendrein in seinen Freistunden für die fehlenden Kollegen einspringen. Und abends müssen sie dann die Schüler, die in Quarantäne sind, mit Lernstoff versorgen.



Viele Lehrerinnen und Lehrern haben es satt, verheißt zu werden – und sind empört darüber, wie fahrlässig die Landesregierung mit ihrer Gesundheit und der der Schüler spielt. An vielen Schulen gibt es Proteste bei der Schulleitung und teilweise der Regierung, auf die diese mit Drohungen „arbeitsrechtlicher Konsequenzen“ antworten. Das hat Lehrer und Schulleitung einer Gesamtschule in Solingen nicht davon abgehalten, sich über das Verbot der Landesregierung

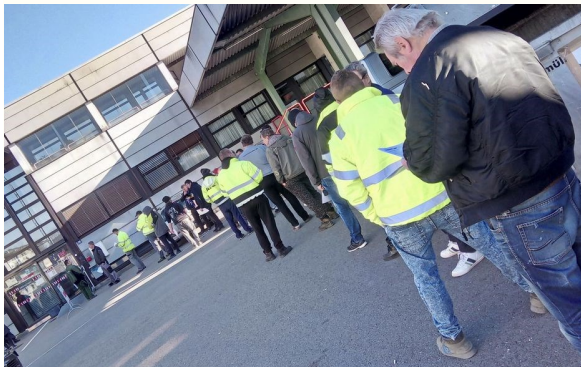
hinweg zu setzen und geteilte Klassen einzuführen.

Auch unter den Eltern und Schülern wächst der Unmut, die nicht immer bei Protestschreiben stehen bleiben. An einer Essener Grundschule zum Beispiel, wo sich die Hälfte der Lehrerinnen infiziert hatte, haben sich 150 Eltern geweigert, ihre Kinder weiter in die Schule zu schicken.

Und an einem Essener Berufskolleg sind die Azubis seit Montag, dem 16. November in den Streik getreten. Sie fordern mehr Busse und Bahnen und geteilte Klassen. Wie einer von ihnen sagte: „In der Freizeit sollen wir uns nur noch mit einem einzigen Freund treffen. Aber gleichzeitig sollen wir uns jeden Tag dicht an dicht in die Busse und Bahnen quetschen, und dann einen ganzen Tag ohne Abstand mit der ganzen Klasse zusammen hocken?“ Und da die Regierung absolut gar nichts tun will, um die Lage an den Schulen sicherer zu machen, nehmen sie die Dinge jetzt selber in die Hand.

LKW-Fahrer: Wenn wir nicht fahren, stehen die Betriebe

Die Zustände für LKW-Fahrer, die große Industriebetriebe anfahren, sind in den letzten Wochen teilweise katastrophal geworden. Denn zahlreiche Großbetriebe, Industrie- und Chemieparks haben nichts getan, um den täglichen Kontakt mit dutzenden, teilweise hunderten LKW-Fahrern vernünftig zu organisieren. Seit die Infektionszahlen wieder steigen, haben sie vielfach einfach die Aufenthaltsräume für LKW-Fahrer geschlossen und die Kaffee- und Snackautomaten ausgestöpselt. Statt zusätzliche Reinigung zu organisieren, wird den Fahrern oft sogar die Benutzung der Toiletten und Waschbecken verboten!



In den Warteschlangen und in Internetforen machen viele Fahrer ihrer Wut über diese Verachtung und die menschenunwürdigen Zustände Luft. Und immer häufiger hört man den Satz: „Einfach mal Schlüssel abziehen und den LKW stehen lassen.“ Dann nämlich werden die Konzerne schnell merken, wie lange sie noch produzieren können, wenn die Fahrer sie nicht beliefern und ihre Waren nicht abholen.

Und das, während die Fahrer noch länger als sonst auf ihre Frachtpapiere warten müssen – weil nur noch ein Fahrer gleichzeitig in das Büro darf. Statt wenigstens im LKW auf die Papiere warten zu können, müssen sie oft ein bis zwei Stunden lang auf schlecht belüfteten Fluren oder draußen Schlange stehen, bei Wind und Wetter!

Metallindustrie: länger arbeiten, weniger Lohn?

Die Bosse der Metallindustrie wollen die Kurzarbeit und die Angst vor weiteren Entlassungen in vielen Betrieben ausnutzen, um in der anstehenden Tarifrunde weitere Verschlechterungen für alle Arbeiterinnen und Arbeiter durchzusetzen – und in der Krise einiges abzuschaffen, was vor Jahrzehnten erkämpft worden ist.

So hat der Vorsitzende des Unternehmerverbands Gesamtmetall unter anderem gefordert, dass alle Arbeitenden zu unbezahlten Überstunden verpflichtet werden können. Bis zu vier Stunden pro Woche sollen Metallarbeiter künftig umsonst länger arbeiten müssen. Noch länger arbeiten, wofür? Damit noch mehr Arbeitsplätze eingespart, noch mehr Arbeitende entlassen werden?

Obendrein will Gesamtmetall tarifliche Pausen und Spätschichtzulagen abschaffen, weil diese „nicht mehr zeitgemäß“ seien! Nicht mehr zeitgemäß? Das sind die Milliardengewinne, Spekulationsgeschäfte und Unternehmenskäufe – in einer Zeit, wo diese Gelder dringend zum Erhalt aller Arbeitsplätze und Löhne gebraucht werden!

**Wollen
Sie uns
erreichen?**

DAS ROTE TUCH

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 13€ pro Jahr!